

Alles scheint, wie es nicht ist

In Weingarten diskutieren Experten über Verschwörungstheorien und die Frage, ob und warum sie so gefährlich sind

Von Erich Nyffenegger

WEINGARTEN - Eigentlich schade: Niemand trägt einen Aluhut an diesem Freitagabend, obwohl der große Saal im Tagungshaus Weingarten vor lauter Reden über Verschwörungstheorien nur so vibriert. Aber wie das eben oft so ist mit Podiumsdiskussionen: Die, über die gesprochen wird, sind gar nicht da. Dafür immerhin 66 Zuhörer, zu nicht unerheblichen Teilen Menschen, die in ihrem Alltag mit Verschwörungstheorien konfrontiert sind - zum Beispiel Lehrer. Die hoffen darauf, dass ihnen dieser Abend Antworten auf die Frage liefert, wie umzugehen ist mit kruden Verschwörungsvorstellungen, deren Verbreiter Widerspruch meistens nicht zum Nachdenken bringt, sondern ihren Glauben an ein groß angelegtes Komplott nur noch verstärkt. Was sagen zu arabischen Jungs im Unterricht, die im Brustton der Überzeugung ihre Judenfeindlichkeit mit einer weltumspannenden zionistischen Verschwörung erklären?

Auf dem Podium nehmen fünf in Sachen Verschwörungen mit allen Wassern gewasene Menschen Platz. Die Diskussion ist Teil einer Tagung der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, die sich wissenschaftlich mit diesem Gegenwartsphänomen auseinandersetzt. Doch wie Autor und Forscher Michael Butter gleich am Anfang sagt, sind Verschwörungstheorien schon immer Teil der menschlichen Vorstellungswelt gewesen. „Über Epochen hinweg waren Verschwörungstheorien gesellschaftlich anerkannt.“ Selbst in der Aufklärung hätten sie ihren Platz gehabt, bevor sie irgendwann bis hinein in unsere jüngere Vergangenheit mehr oder weniger gesellschaftlich geächtet waren und ihre Verbreiter vom Großteil der Menschen nicht für voll genommen wurden. „Das hat sich in jüngerer



Verschworene Gemeinschaft gegen Verschwörungstheoretiker: Das wissenschaftliche Podium mit Stefan Christoph, Michael Butter, Moderator Johannes Kuber, Ute Caumanns und Jan Rathje (von links) im Tagungshaus der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

FOTOS: CHRISTIAN FLEMMING

Zeit verändert“, diagnostiziert Stefan Christoph, Politikwissenschaftler und Grünen-Politiker aus Bayern, der als Experte im Zusammenhang mit der Frage geladen ist, wie Politik mit Verschwörungstheorien umgehen sollte und wie die Verwandtschaftsverhältnisse zwischen Populismus und Verschwörungstheorien sind. Die Antwort liefert indes Historikerin Ute Caumanns: „Ich denke,

da sind größere Schnittmengen vorhanden.“

Während der Diskussion - geleitet von Johannes Kuber, Fachbereichsleiter für Geschichte innerhalb der Akademie - fällt immer wieder der Name vor allem einer Partei: AfD. Ihre Anhänger seien besonders anfällig für Verschwörungstheorien. Außerordentlich beliebt: Die angebliche „Umvolkung“ Deutschlands, also ein Plan von Angela Merkel, der vorsehe, die eigene Bevölkerung durch Muslime zu ersetzen und damit die BRD zu islamisieren. Darum die Grenzöffnung 2015. Deshalb die Probleme bei Abschiebungen, die nur vorgeschoben seien. Und warum das alles? „Weil die Deutschen keine richtigen Männer mehr seien, und das Land nicht mehr verteidigen könnten“, erklärt Butter Motive dieser Verschwörungstheorie. Außerdem bekämen Frauen zu wenige Kinder. „Das erklärt auch die Ablehnung gegenüber Menschen jenseits der Heterosexualität.“ Noch eine abenteuerliche Theorie, die bei den Experten Erwähnung findet: die sogenannten Chemtrails. Die Anhänger dieser Verschwörungstheorie glauben, dass Kondensstreifen am Himmel die sichtbaren Spuren von Chemikalien sind, die die Regierung mit

Flugzeugen ausbringen lässt, um das Wetter zu beeinflussen und einen künstlichen Klimawandel herbeizuführen.

Jan Rathje von der Amadeu Antonio Stiftung in Berlin sagt: „Natürlich müssen wir alle unseren Widerspruch gegen solche Theorien einlegen.“ Rathje ist in der Bildungsarbeit aktiv und weiß, wie schwierig es ist, jemanden mit Fakten von einer Überzeugung abzubringen, die der Verschwörungstheoretiker ja nicht belegen muss. Politiker Stefan Christoph zieht daraus wiederum den Schluss: „Wir als Wissenschaftler

„Wir als Wissenschaftler müssen die Welt besser erklären.“

Politikwissenschaftler Stefan Christoph über Strategien gegen Verschwörungstheorien

müssen die Welt besser erklären.“ Bildung sei ein Mittel, das gegen den Glauben an Verschwörungstheorien helfe - erwiesen sei das allerdings nicht zweifelsfrei, wirft Michael Butter ein. „Gerade auch Ingenieure sind da anfällig“, sagt der Forscher mit Augenzwinkern, der das Buch „Nichts ist, wie es scheint“ geschrieben hat. Insbesondere weil manche - auch hochqualifizierte - Berufe ein

mechanistisches Weltbild mit dem Prinzip Ursache und Wirkung hätten, sei die Bereitschaft größer zu glauben, dass „alles irgendwie mit allem“ zusammenhängt. Darüber hinaus kennzeichne die Annahme typischerweise Verschwörungstheorien, dass eine unsichtbare höhere Macht aktiv und weiß, wie schwierig es ist, jemanden mit Fakten von einer Überzeugung abzubringen, die der Verschwörungstheoretiker ja nicht belegen muss. Politiker Stefan Christoph zieht daraus wiederum den Schluss: „Wir als Wissenschaftler

„Wir als Wissenschaftler müssen die Welt besser erklären.“

„Wir als Wissenschaftler müssen die Welt besser erklären.“ Bildung sei ein Mittel, das gegen den Glauben an Verschwörungstheorien helfe - erwiesen sei das allerdings nicht zweifelsfrei, wirft Michael Butter ein. „Gerade auch Ingenieure sind da anfällig“, sagt der Forscher mit Augenzwinkern, der das Buch „Nichts ist, wie es scheint“ geschrieben hat. Insbesondere weil manche - auch hochqualifizierte - Berufe ein

eine Kriegserklärung an die faktenbasierten Wissenschaften.“ Ein Argument, Verschwörungstheorien nicht zu verharmlosen, liefert dann auch Michael Butter noch: „Man muss sich nicht mit seinen eigenen Ressentiments und dem eigenen Rassismus auseinandersetzen, wenn man eine Verschwörungstheorie unterstellen kann.“ Das gelte zum Beispiel in Bezug auf Flüchtlinge, die man anders betrachte, wenn sie nicht als einzelne Individuen erschienen, sondern als Teil der beschriebenen „Umvolkungs“-Theorie. Sie entmenschlicht damit den Einzelnen und macht es leichter, ihn entgegen der Werte wie christliche Mitmenschlichkeit abzulehnen.

Die, um die es geht, fehlen

Nach der bisweilen recht akademisch daher kommenden Experten-debatte, die einen leidenschaftlichen Verschwörungstheoretiker noch schmerzhafter vermissen lässt, ist das Publikum dran. Nachdem zwei Bildungsexperten um praktischen Rat im Umgang mit verschwörerischen Behauptungen den etwas allgemein klingenden Hinweis von Jan Rathje erhalten, sich beraten zu lassen, meldet sich dann doch noch ein Rentner. Der zumindest gibt zu, manchem Verschwörungstheoretiker schon zugehört zu haben. Und dafür hat er auch eine Erklärung: „Uns fehlt das Vertrauen in die Politik!“ Bezogen auf die Grünen konkretisiert der 80-Jährige: „Ich habe der Partei vertraut, als noch alle mit sich gerungen haben und es immer Streit gab.“ Dann seien die Fischers und Trittnits aufgetaucht und hätten die Partei gleichgeschaltet. „Seit dem ist das Vertrauen weg.“ Experte Butter will daraufhin von dem Herrn wissen: „Was müsste passieren, damit sich das wieder ändert?“ Darauf weiß der Rentner keine konkrete Antwort, sondern bringt das Beispiel Schweiz ins Spiel, wo die Menschen durch die Tradition der direkten Demokratie ein anderes, selbstbewussteres Verhältnis zu Staat und Politik hätten.

Und während sich draußen vor den Fenstern der Weingartener Abendhimmel im leuchtenden Blau präsentiert - geschmückt von vereinzelten Kondensstreifen, die im Saal aber niemanden ernsthaft beunruhigen - vermischen sich Zuhörer und Wissenschaftler zu Gesprächsrunden bei Bier und Apfelschorle. „Sehr interessant“, „Ich habe viel Neues erfahren“, heißt es allenthalben. Und doch schleicht sich das Gefühl ein, dass auch eine Podiumsdiskussion hochgelehrter Menschen noch mehr Relevanz bekommt, wenn sie den Mut hat, sich zumindest mit einem waschechten Verschwörungstheoretiker in ihrer Mitte auseinanderzusetzen.



„Uns fehlt das Vertrauen in die Politik!“, moniert einer der 66 Zuhörer im Tagungshaus Weingarten und erklärt damit die zunehmend spürbare Empfänglichkeit für Verschwörungstheorien.

„Große Kreisstadt“ in der Warteschleife

Bad Waldsee besitzt alle Voraussetzungen - wegen einer Behörde aus Bayern und dem eigenen Zögern hat's noch nicht geklappt

Von Simon Haas

BAD WALDSEE - Im Büro des Bürgermeisters scheint die Zeit stillzustehen. Seine stolzen Vorgänger haben sich hier auf den Wänden verewigt, die Butzenscheiben in den Fenstern erinnern an die Zeit als Bad Waldsee noch den Österreichern gehörte und 500 Einwohner hatte. Sechs Jahrhunderte später leben in der Stadt 40 Mal so viele Menschen - genug, um sie zur Großen Kreisstadt zu ernennen und den Bürgermeister zum Oberbürgermeister. Roland Weinschenk hätte also eigentlich allen Grund stolz zu sein. Eigentlich. Denn noch überwiegt im Rathaus der Ärger über die Bevölkerungsstatistik. Die habe sich immer wieder verzögert. Das sei der Grund, warum das Kurstädtchen weder „groß“ ist noch den „Kreis“ im Titel trägt - obwohl Bad Waldsee schon seit Ende 2015 die dafür nötigen 20 000 Einwohner hat. „Große Kreisstadt ist Bad Waldsee wohl frühestens 2019“, sagt Bürgermeister Weinschenk. Was ist schiefgelaufen?

Ziemlich viel. Aber von vorne. Die Probleme begannen vor mehr als einem Jahr, als die deutschen Statis-

tikämter Fehler in den Daten kommunaler Meldebehörden entdeckten. Schnell war klar, dass sie einem beispiellosen Daten-GAU auf der Spur waren. Im Statistischen Bundesamt wurde eine achtköpfige „Task Force“ gebildet und mit der Fehleranalyse beauftragt. Ein mit der Materie vertrauter Volkswirt beim Statistischen Landesamt beschreibt die Situation gar als „die schwierigste in fast 30 Jahren Dienstzeit“.

Weißblaue Datenpannen

Nach Recherchen der „Schwäbischen Zeitung“ traten die Pannen unter anderem in der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) auf. Diese ist bundesweit für rund ein Drittel aller Meldungen an die Statistikämter verantwortlich. Dementsprechend dramatisch waren die Folgen: Die AKDB musste die Zahlen für mehr als 1600 von ihr betreute Kommunen komplett neu liefern - unter anderem für Großstädte wie München, Augsburg oder Regensburg. Die Bevölkerungsstatistik verzögerte sich um fast acht Monate, andere Auswertungen verspäteten sich ebenfalls.

„Nennenswerte Probleme“ für

den kommunalen Finanzausgleich ergeben sich daraus für Bad Waldsee allerdings keine, heißt es vom Gemeindetag Baden-Württemberg. Auch um seine privaten Finanzen muss sich Bürgermeister Roland Weinschenk keine Sorgen machen. Denn auch ohne den prestigeträchtigen Titel Oberbürgermeister verdient Weinschenk bereits so viel wie einer. Der Grund: Bad Waldsee ist in einer Verwaltungsgemeinschaft mit Bergatreute - zusammen haben beide Gemeinden schon seit Jahren mehr als 20 000 Einwohner. Der Titel würde für die Stadt vor allem eines bedeuten: zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Aufgaben, die bisher das Landratsamt übernommen hat, beispielsweise das Ausländerrecht, Soziales und die Rechnungsprüfung wanderten ins Bad Waldseer Rathaus. Eilig scheint man es im Rathaus damit jedoch nicht zu haben. Dabei hätte die Verwaltung den Antrag längst stellen können. Denn die Stadt hat seit Ende 2015 durchgehend mehr als 20 000 Einwohner; die laut Gemeindeordnung für einen Antrag maßgeblichen Daten hat die Statistik zwar verspätet, aber immerhin dann Mitte September 2017 geliefert.



Fotomontage des Ortsschildes von Bad Waldsee in Verbindung mit der Frage: Wird es irgendwann so kommen?

GRAFIK: SIMON HAAS

Theoretisch hätte Bad Waldsee den Titel sogar noch früher beantragen können - sagt Bernd Brenndörfer, Professor an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung in Kehl. Dem Verwaltungsrechtler zufolge könne das Innenministerium zwar den Nachweis fordern, dass die Einwoh-

nerzahlen über einen gewissen Zeitraum konstant über 20 000 Einwohner geblieben sind. Aber: „Die Gemeinde muss für die Antragstellung keinen der Zeiträume abwarten. Sie kann einen Antrag auf Erklärung zur Großen Kreisstadt stellen und die Nachweise über die Einwohnerzah-

len nachliefern.“ Warum hat die Stadt also solange gezögert?

„Aufgrund der stark schwankenden Zahlen, die uns im vergangenen Jahr zugegangen sind, war diese Tendenz zuerst nicht eindeutig zu erkennen“, deshalb habe man erst den vom Innenministerium geforderten Zeitraum abwarten wollen, erklärt die Stadt auf Nachfrage. Tatsächlich schrumpfte die Kommune im zweiten Quartal 2017 um 42 Menschen, lag aber mit 20 061 Einwohnern immer noch über der Grenze. Mittlerweile ist die Gemeinde um weitere 193 Menschen gewachsen.

Ob Bad Waldsee jemals eine Große Kreisstadt wird, ist indes weiter offen. Aus dem Rathaus heißt es lediglich: „Die Aufarbeitung einer Kosten-Nutzen-Abwägung für den Antrag zur Großen Kreisstadt laufen derzeit. Diese wird dann dem Gemeinderat vorgestellt, der entscheiden wird, ob ein Antrag gestellt wird oder nicht.“



Weitere Informationen zur Bevölkerungsentwicklung in Bad Waldsee unter: www.schwabische.de/statistik